

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinsten Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Behauptungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Petitzeile 250 M., außerhalb der Amtshauptmannschaft 300 M., im amtlichen Teile (nur von Behörden) Zeile 600 M. — Eingeladene Reklamen Zeile 700 M.

Bezugspreis: Monat Juni 5100 M. ohne Zustragen. Einzelne Nummer 220 M., Sonntags 250 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 8. — Gemeindeverbands-Strasse Nr. 3. Postfachkonto Dresden 12 548.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 131

Sonntag den 9. Juni 1923

89. Jahrgang

Freiwillige Feuerwehr Dippoldiswalde

Sonntag den 9. Juni abends 8 Uhr Übung

Rugholzversteigerung: Wendischcarsdorfer Staatsforstrevier

Gasthof „zur Falsperre“ in Malter, Freitag am 15. Juni 1923 vorm. 12/10 Uhr: Rabenauer Fell: 3 esch. und 996 w. Stämme, 10/42 cm, 690 w. Verbstangen. Durchforschungen und Bruch: Abt. 73, 75—77, 79, 97. Dippoldiswalder Heide: 517 w. Stämme, 10/31 cm, 13 w. Rölge, 13/21 cm, 100 w. Verbstangen. Einzelhöfzer: Abt. 24—70. Forstrevierverwaltung Wendischcarsdorf. Forstrentamt Tharandt

Öffentliche Schulausschreibung zu Dippoldiswalde

am 7. Juni 1923.

Der Ausschuss ist vollzählig bis auf den Elternvertreter Retzner.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Herrmann, widmet besondere Worte der Begrüßung dem neugewählten Schulleiter Ost und den neugewählten Lehrervertretern Hellmann und Müller.

Kenntnis genommen wird von der Bestätigung des Lehrers Ost als Schulleiter und des Lehrers Hesse als dessen Stellvertreter; von der Einweisung des Lehrers Matthes (bisher in Obertraundorf) als 3. ständigen Lehrers für den in den Ruhestand gegangenen Oberlehrer Krüger, der Hilfslehrerin Lucia Weise und schließlich Rudolf Wegigs als Aushilfskraft für Lehrer Bruner, der erst beurlaubt war, dann als Berufsschullehrer nach Radeberg gewählt wurde, und dessen Entlassungsgesuch für den 1. 6. genehmigt worden ist.

Eine Verordnung der Kultus-, Arbeits- und Wirtschaftsministerien legt den Schulleitungen nahe, bei eintretender Kurzarbeit in den Betrieben den Unterricht möglichst auf die Tage zu verlegen, an denen die Betriebe nicht arbeiten. Wie der Schulleiter darlegt, wäre an unserer Schule nur möglich, den Freitag-Nachmittag für den Fortbildungsschulunterricht mit zu benutzen, der Montags-, Dienstags- und Mittwochs stattfindet. Eintretendenfalls soll mit den Betriebsleitungen nach dieser Richtung hin verhandelt werden.

Die Lehrerverammlung hat für die Tage vom 2. 7. bis 4. 7. öffentliche Besuchszeit für den Schulunterricht und für den darauffolgenden Donnerstag (5. 7.) eine Elternversammlung angesetzt. (Wenn diesmal nur drei Besuchsstage vorgegeben sind, so rechtfertigt das der geringe Gebrauch, den die Eltern bisher davon machten.) Für die letzte Woche vor den großen Ferien plant die Lehrerschaft eine Kinderaufführung, deren Reinertrag für die Schülerbibliothek bestimmt ist und wozu sie den Schulausschuss schon heute einladet.

Der Turnverein Dippoldiswalde hatte um Genehmigung nachgesucht zur Mitwirkung von Schulkindern am Abend des Turnturns. Da die Kinder bereits 1/2 9 Uhr nach Hause geschickt wurden, hatten Schulleiter und Ausschussvorsitzender keine Bedenken. Der Ausschuss erteilt nachträglich seine Zustimmung. Der Schulleiter weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß wiederholt Vereine ohne Genehmigung Kinder bei solchen Aufführungen mitwirken lassen und sogar bis in späte Abendstunden im Vergnügungstraum erhalten. Das könne in Zukunft nicht mehr geduldet werden, was auch die Meinung des Ausschusses ist.

Der Mandolinenkлуб überwies als Reinertrag eines Konzertes 15 000 M. für bedürftige Kinder. Mit Dank und Zustimmung zum Verwendungszweck nimmt man davon Kenntnis.

Die von den Fortbildungsschülern zu zahlende Entschädigung für eine Straffunde wird auf 500 M. (300 M. für Aufsicht und 200 M. Schreibgebühren) erhöht.

Das Gesuch der Scheuerfrauen um Erhöhung der Stundenentlohnung von 150 auf 300 M. findet Genehmigung.

Gegen die Aufnahme eines Kindes aus Raundorf in die Bürgerschule bestehen keine Bedenken.

Nach einer vorliegenden Zusammenstellung werden benutzt: die Turnhalle im Winter von den drei Turnvereinen an sämtlichen Wochenabenden und vom Gewerbeverein an vier oder fünf Abenden, wo dann das Turnen ausfällt, Schulzimmer vom Kirchenchor an drei Abenden der Woche, vom Stenographenverein an drei Abenden der Woche, von der Kirchengemeinde an einem Tage der Woche, vom Konfirmandenunterricht wöchentlich zweimal, vom Bezirkslehrerrat monatlich einmal und von der Bezirkslehrerverammlung einmal in 6 bis 8 Wochen.

Heute liegt ein Gesuch vor vom Kaninchenzüchterverein um Ueberlassung der Turnhalle am 25. und 26. 12. 23 für eine Bezirksschau und ein solches von Bruno Jäckel und Alfred Gönner um Ueberlassung eines Schulzimmers zur Erteilung von Unterricht im Mandolinen- und Lautenspiel an Kinder wenig bemittelter Eltern und junge Leute, die Einzelstunden zu bezahlen nicht in der Lage sind. Beide Gesuche werden unter den üblichen Bedingungen genehmigt.

Im März nicht, wohl aber im April und Mai weist die Versammlung unentschuldigste Versäumnisse auf und zwar in der Bürgerschule. In zwei Fällen soll Verwarnung mit Gebührenaufschlag die milde Strafe sein.

Eine sehr unangenehme Sache ist die nunmehr zur Beratung stehende Eingabe des Schulleiters. Gegen Ende des vergangenen Schuljahres wurden bei außerordentlich vielen Schulkindern Käufe bzw. Risse festgestellt, die Mädchen deshalb angewiesen, ihre Eltern zu benachrichtigen, daß die Schule von ihnen während der Ferien gründliche Abhilfe erwarte. Bei einer Untersuchung nach den Ferien wurden wiederum bei 78 Mädchen (das ist rund der vierte Teil aller Schulkinder) Risse — bei einigen auch Läufe — nachgewiesen. Seitdem ist es kaum besser geworden. Zu verstehen ist, daß sich nicht nur der Lehrerschaft, sondern besonders auch der Kinder eine gewisse Aufregung deshalb bemächtigte, sodas neben dem sonstigen Unangenehmen auch der Unterricht stark

leidet. Wenn der Schulausschuss schnell und gründlich Abhilfe schaffen will, so bedarf das keines Wortes weiter, es ist selbstverständlich. Aber wie? Da die vom Elternhaus erwartete Abhilfe nicht ausreicht, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Soweit die Eltern keiner Krankenkasse angehören und auch nicht in der Lage sind, die Kur selbst zu bezahlen, wird die Behandlung durch den Schularzt und auf Schulkosten geschehen. In hartnäckigen Fällen erhofft man Mithilfe der Wohlfahrtspflege. Im äußersten Falle würde sogar Ueberweisung an das Krankenhaus erfolgen. Der Schulausschuss — und mit ihm gemäß die ganze Einwohnerschaft — erwartet von den Eltern das nötige Verständnis und bereitwillige Mithilfe besonders auch wegen Wiederanstellung durch Kleidungsstücke usw. nach beendeter Kur.

Der Turnverein Dippoldiswalde bittet um Entschädigung von 6490,45 M. Lichtgeld für verflochtenen Winter (entsfällt auf das Schülerpflichtturnen), um freies Licht für dieses Turnen im kommenden Winter und um Erhöhung der Entschädigung für daselbe. Andernfalls sei er, wie er nachweist, leider nicht mehr in der Lage zur Erteilung dieses Schularzums. Ein ähnliches Gesuch liegt vor vom Turnverein „Jahn“, der aus den gleichen Gründen um Erlass einer Brennholzmaßnahme und um Erhöhung der erwähnten Entschädigung bittet. Der Ausschuss sieht ein, daß den Vereinen Hilfe gebracht werden muß, ist jedoch der Meinung, daß wegen des Anfangs derselben nähere Feststellungen noch nötig sind. Er hält den Erlass einer Wochenbrennholzmaßnahme für berechtigt, ebenso eine Erhöhung der Entschädigung, deren Bemessung er den städtischen Kollegien überlassen will. (Die jetzige Entschädigung von 90 Pf. pro Schüler und Monat ist beim heutigen Geldestand nichts.) Die Vorlage wegen Ueberstundenbezahlung kann nicht beraten werden, da die erwartete Zustimmung des Ministeriums noch fehlt, ohne diese aber eine Beschlussefassung nicht möglich ist. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Derliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Die Vereinigung ebem. Handelschüler Dippoldiswalde u. Umg., welche am 15. Juni zwei Jahre besteht, und der alle ehemaligen Handelschüler beitreten können, welche die hiesige oder eine auswärtige Handelsschule besucht haben, ist dem Landesverband ehemaliger Handelschüler Sachsens angeschlossen und hat Unterstützung der aktiven Handelschüler, Abhaltung von Vorträgen, Weiterbildung des kaufmännischen Wissens und Gesehtheit pflegen zum Ziele. Die B. e. S. enthält sich jeder politischen, religiösen und gewerkschaftlichen Tätigkeit. Nächsten Sonntag wird sie wieder einen Vereinsabend in der „Reichshalle“ abhalten. (Siehe Inserat.) — Ein öffentliches Bühnenschauspiel der Kinderabteilung wird kommenden Sonntag nachm. der Turnverein „Frisch auf“ im Schützenhause veranstalten und ladet dazu in einem Inserat in vorliegender Nummer alle Freunde und Gönner ein.

— Aufhebung der Gewerbesteuer für freie Berufe. Wie die Sächsische-Böhmische Korrespondenz von zuständiger Stelle erfährt, beabsichtigt Finanzminister Heldt, bei der bevorstehenden Aenderung des Gewerbesteuergesetzes die Befreiung der freien Berufe von dieser Steuer durchzuführen. Für sie bedeutet diese Steuer eine nicht abwägliche Sondersteuer. Der sächsische Finanzminister handelt damit im Sinne des Reichswirtschaftsrates, der ja schon auch eine Befreiung der freien Berufe von der Umsatzsteuer gefordert hat. Es wäre besser gewesen, die freien Berufe, die sich ja grundsätzlich von den übrigen Berufen unterscheiden, gar nicht erst mit Umsatz- und Gewerbesteuern zu belasten. Immerhin ist es erfreulich, daß man doch nach verhältnismäßig kurzer Zeit den begangenen Fehler eingesehen hat und ihn nun wieder gutmacht.

— Der Staat verkauft Kupfermünzen. Die in den sächsischen Staatsschatzen noch vorhandenen Kupfermünzen sollen nach einer Regierungsverordnung nicht ausgegeben, sondern unter Vermeidung besonderer Aufwands am Ort nach Metallwert veräußert werden. Hierbei ist ein Mindestsatz von 7 M. fürs Einpfennig- und von 12 M. fürs Zweipfennigstück zugrunde zu legen.

— Renten, die auf Grund des Gesetzes über die Unfallversicherung für Gefangene und der dazu ergangenen Reichsverordnung gezahlt werden, können nach einer Verordnung des sächsischen Arbeitsministeriums vom 5. Juni ds. J. unter gewissen Voraussetzungen bis auf den Betrag erhöht werden, den der Berechtigte erhalten würde, wenn der Unfall sich nach dem Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Dezember 1922 ereignet hätte. Anträge auf Erhöhung sind an die Ausführungsbehörde zu richten, die die Rente festsetzt, oder an die untere Verwaltungsbehörde des Wohnortes. Die Ausführungsbehörde entscheidet schriftlich und hat bei Ablehnung des Antrages die Gründe mitzuteilen. Gegen die Entscheidung ist innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde an das Landesversicherungsamt zulässig, das endgültig entscheidet.

Kipdorf. Heute Freitag und morgen werden die Eisenbahnärzte des Eisenbahndirektionsbezirks Halle, etwa 30 Herren, sich hier zu einer Tagung aufhalten. Die Verhandlungen finden im Fremdenhof „zur Teufelshöhe“ statt. Hoffentlich bessert sich noch das Wetter, damit die Gäste neben der Tagung noch etwas von den Schönheiten unserer Gegend kennen lernen.

Schellerhaus. Donnerstag früh hat es hier geschneit. Bei der jetzt herrschenden niedrigen Temperatur ist das ja schließlich nicht verwunderlich, aber betrüblich im Hinblick darauf, daß wir bereits Juni schreiben.

Altenberg. Der Genbarmerle Altenberg ist es gelungen, die Uebelthäter zu ermitteln, die vor einiger Zeit unsere Gegend aufsuchten und an mehreren Stellen schwere Einbrüche ausführten. Es sind dies mehrere Freitaler und Dresdner Elemente, die bereits hinter Schloß und Riegel liegen. Zunächst konnte festgestellt werden, daß die Verhafteten an den Einbrüchen in Hirschsprung und Altenberg beteiligt gewesen sind. Die Vermutung liegt aber sehr nahe, daß auch die Einbrüche in Rehefeld und Georgenfeld auf ihr Konto zu schreiben sind.

Großhau. Nach Mitteilung in der Gemeinderatsitzung haben im Mai 22 Kirchenaustritte stattgefunden. Die Zuschläge zur Wohnungsbaubauabgabe wurden für Wohnräume auf das Dreifache, für Gewerberäume bis 9 Beschäftigte

auf das Zwanzigfache, über 9 Beschäftigte auf das Bierzigfache der Friedensmiete festgesetzt.

Dresden. Nachdem der Landtag der Vorlage über Kreditbeschaffung für Schulbauten zugestimmt hat, stehen der Regierung für diesen Zweck 50 Millionen zur Verfügung. Eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung des Betrages wird beantragt werden. Die zu gewährende Hilfe wird nur in der Uebernahme der Bürgerschaft des Staates für Darlehen bestehen. Die Schulbaulasten haben die Darlehen selbst aufzunehmen, zu verzinsen und zu tilgen. Nur in ganz besonders gearteten Ausnahmefällen kann eine unmittelbare Darlehensgewährung aus Staatsmitteln in Frage kommen. Es bleibt vorbehalten, die Uebernahme der Bürgerschaft an besondere Bedingungen zu knüpfen. Gesuche um eine Bürgerschaft aus dem 50-Millionen-Kredit sind bei den Bezirksschulämtern einzureichen.

— Wie von Regierungsseite in der Dienstagssitzung des Haushaltsausschusses des Landtages mitgeteilt wurde, betragen die Kosten für Kriegerversorgung, die vom Reiche bestritten werden, in Sachsen im vergangenen Jahre 6 1/2 Milliarden Mark. Für 1923 sind sie nach dem augenblicklichen Geldwertstande auf 44 1/2 Milliarden Mark veranschlagt.

— Die deutschnationale Fraktion des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums hat an den Rat des Ansuchen gerichtet, zur Erinnerung an den von den Franzosen ermordeten Kaufmann Schlageter eine Straße in Dresden zu benennen.

Ditza. Ein 19-jähriger Bursche von hier, der von seiner Mutter wegen seiner Nüchternheit hinausgeworfen war und sich seit Tagen wohnungslos herumtrieb, stahl einem hiesigen Fahrradhandler eine Brieftasche mit etwa 120 000 M. Inhalt. Nachdem er der Tasche das Geld entnommen, beschwerte er sie mit einem Stein und warf sie mit dem übrigen Inhalt in die Elbe.

Stolpen. Das „Stolpener Tageblatt“ ist von dem Verlag der „Zeitung für das Meißner Hochland“ in Neustadt erworben worden und wird als Kopieblatt des Neustädter Blattes wie bisher zweimal wöchentlich erscheinen.

Wölsch. Eine „Befattungsliste Wölsch“ wurde hier gegründet. Diese ist keine Versicherung, sondern eine freiwillige Vereinigung von Mitgliedern der ev.-luth. Kirchengemeinde Wölsch, die einander die Befattungskosten tragen wollen, indem auf jeden Todesfall eines Mitgliedes eine Umlage entrichtet wird. Der Anschluß kann persönlich oder familienweise erfolgen. Bei familienweisen Anschluß bleiben Kinder unter 14 Jahren beitragsfrei, doch wird für sie ein Fünftel bzw. zwei Sechstel des Umlage-Ertrages ausgezahlt.

Wernsdorf. Katastrophale Preise wurden bei der Grasverpachtung des Gölwitzer Sees gezahlt. Bis zu 2, ja sogar 2,5 Millionen wurden für eine Parzelle gezahlt. Was soll dann der Jentner Heu kosten, wenn eine Parzelle etwa 30—35 Jentner Ertrag gibt?

Meerane. Für das Bürgerheim stiftete ein Deutschamerikaner eine halbe Million Mark.

Werdau. Am Sonntag beginnt hier das große Jahresfest des Leipziger Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.

Steinpleis. Hier wurde ein 66-jähriger Maurer erstickt aufgefunden. Er hatte den Hals zwischen Treppe und Geländer eingeklemmt.

Leipzig. Nach dem amtlichen Polizeibericht sind bei den Unruhen am Mittwoch 4 Personen ums Leben gekommen, darunter ein Wachtmeister der Landespolizei, während 48 Personen Verwundungen davon trugen; 20 konnten nach Anlegen eines Notverbandes entlassen werden, 7 sind sehr schwer verletzt. — Befehl zum Schießen war nicht gegeben worden, das Ganze war ein Akt der Notwehr, als Pfastersteine, Scherben, Glasplitter, Sand usw. herabgedrückt auf die Polizei geworfen wurden. Am Donnerstag herrschte Ruhe, die Geschäfte waren wieder geöffnet.

Jitkau. Der Schulkreis in der südlichen Oberlausitz seitens der Katholiken dauert an. Die Elternschaft stützt sich bei ihrem Streik auf die Stellung der Reichsregierung zur Frage der Gebetsverordnung. Reichsminister Dezer hat erklärt, daß diese Verordnung keine Anwendung finden darf, wenn alle Kinder einer Klasse oder Schule demselben Bekenntnis angehören und vom Religionsunterricht befreite Kinder nicht vorhanden sind. Das Kultusministerium aber hat, so wird gemeldet, bis heute keine Veranlassung genommen, sich dem Standpunkt der Reichsregierung anzupassen. Auch die Verhandlungen, die seitens der katholischen Schulorganisation in dieser Frage mit dem Kultusministerium geführt worden sind, sind ergebnislos verlaufen. Der Kultusminister hat den Vorschlag, daß an dem Zustande, wie er bis zum 24. Mai in der Lausitz in der Praxis bestand, nichts geändert werden solle, bis eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt ist, abgelehnt. Die Katholiken empfinden diese Ablehnung einer ganz selbstverständlichen Forderung als eine Verletzung ihrer religiösen Gefühle. Die katholische „Sächsische Volkszeitung“ schreibt: „Der Kultusminister ist wiederholt auf die Folgen dieser Ablehnung hingewiesen worden. Er aber drohte strengste und schärfste Strafen an den Lehrern, die nach wie vor mit den Kindern beten würden, er drohte dieselben Strafen an den Eltern, wenn die zum Abwehrmittel, dem Schulkreis, greifen würden. Straandrohungen! Was ob das ein Mittel wäre, die katholischen Eltern vom Kampfe um ihre heiligsten Güter abzuhalten! Herr Kultusminister, auf diese Weise werden Sie Ihr Ziel nicht erreichen! Gehen Sie den Weg der Verständigung! Gehen Sie ihn, bevor die Bewegung weitere Wellen geschlagen hat!“

Faschismus immer noch Trumpf.

Dr. C. Mühling.

So hell, wie während der ersten fünf Monate der faschistischen Herrschaft leuchtet der Himmel nicht mehr über dem Haupte Mussolinis. Die vollkommen zum Schweigen gebrachte Opposition beginnt sich zu regen. Einige Zeitungen wagen es, vorsichtig Kritik an der faschistischen, sich von den Methoden der Diktatur kaum unterscheidenden Herrschaftsgewohnheiten des „schwarzen Herzogs“ zu üben. Aber auch in den Reihen der eigenen ins riesengroße gewachsenen Partei entstehen Bewegungen, die den obersten Grundsatz des Faschismus, den der Ordensregel der Jesuiten entlehnten Grundsatz des widerspruchsfreien Gehorsams, nicht mehr anerkennen.

In Südtalien ist aus den Reihen des Faschismus die sogenannte Soldinobewegung hervorgegangen, die sich nach ihrem Symbol, einem blankgeputzten Kupferstück von 5 Centesime nennt, das ihre Anhänger im Knopfloch tragen. Der Führer dieser Bewegung, der Hauptmann Padovani, hat gefunden, daß der Faschismus insofern nicht monarchistisch genug ist, als sein Idol weder der König, noch die Monarchie, sondern ganz allein sein Schöpfer, der schwarze Herzog, ist. Und das Fünfpennigstück wird von ihnen im Knopfloch getragen, weil ihm das Bild des Königs aufgeprägt ist. Im Parlament hat der Abgeordnete Misuri eine Rede gehalten, in der er mit einer ganz unromantischen Würdigung an einigen Maßnahmen Mussolinis Kritik übte. Weil einige Mitglieder der faschistischen Partei ihm nach dieser Rede die Hand drückten, berichtete die Presse darüber wie über ein kaum glaubliches Ereignis. Die „Aufrechter“ wurden denn auch gleich durch den Hohen Rat der Partei, nicht der Front, aus dem Parteiverbande ausgeschlossen. Auch der Hauptmann Padovani hat sich dem ihn treffenden Verdikt Mussolinis lächelnd unterworfen. Man kann sagen, daß die Soldinobewegung, die in Skizzen und Sardinien Fuß gefaßt hatte, vollkommen erloschen ist.

Vorläufig ist trotz aller dieser Mißstimmungen, die innerhalb der eigenen Partei entstanden sind, Mussolini in seinem Lande noch immer der mächtigste unter allen Ministerpräsidenten Europas. Er muß jetzt zwar mit einer Opposition rechnen. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß er mit ihr fertig wird. Man weiß, daß er freiwillig nicht aus dem Amte scheiden wird, und es ist in ganz Italien niemand vorhanden, der den Mut oder auch nur den Willen hätte, ihn gewalttätig zu beseitigen. Seine Reden atmen noch immer eine Menschenverachtung und eine Tatkraft, die nicht das geringste Gefühl von Unsicherheit unter seinen Anhängern aufkommen läßt. In Padua hat er gleich drei solcher Reden an einem Tage, am 1. Juni, gehalten. Darin hat er denen geantwortet, die von Krisen des Faschismus gesprochen haben.

Zuerst sagte er zu den dort versammelten faschistischen Frauen: „Glaubt nicht den mehr oder weniger im Verborgenen trübselnden Ungläubigen, den mehr oder weniger laut brüllenden Affen, dieser ganzen weltverbreiteten Tierwelt Italiens, die sich politisch nennt und die einen anderen Namen verdient. Glaubt denen nicht, die von einer Krise im Faschismus sprechen. Es handelt sich um einzelne Vorgänge, um kleine Episoden des großen Ereignisses, um Fragen, die einzelne Menschen, nicht um solche, welche die Masse angehen. Die Erscheinung ist schon überwunden, weil die Faschisten, wenn sie gerade nicht ihren Feinden aufs Maul zu schlagen haben, sich den Dugus leisten können, untereinander ein wenig zu streiten. Aber wenn die Feinde das Haupt erheben und mehr oder weniger dumme Opposition machen, dann schließen sie sich sofort wieder zum Bloß zusammen, und dann wehe den Besiegten! Und da die Gelegenheit günstig ist, so möchte ich euch sagen, daß der Versuch, Mussolini vom Faschismus zu trennen, der nutzloseste, der größte, der lächerlichste Versuch ist, den man machen kann. Ich bin nicht so stolz zu sagen, daß Mussolini und der Faschismus ein und dasselbe ist. Aber vier Jahre Geschichte haben klar bewiesen, daß Mussolini und der Faschismus zwei Körper und eine Seele oder zwei Seelen und ein Körper sind. Ich kann den Faschismus nicht verlassen, weil ich ihn geschaffen, erzogen, stark gemacht, ja auch geächtigt habe, ich halte ihn noch fest in meiner Faust und werde ihn immer halten.“

In demselben Tage sprach er ähnliche Worte, Worte voller Hoheit über das Parlament und seine ehrwürdigsten Gelehrten zu den Studenten, und eine dritte Rede ähnlichen Inhalts hielt er an demselben Tage in Rodigo vor einer Arbeiterversammlung. Und überall wurde ihm zugejubelt. Er ist jetzt auf einer Reise nach Sizilien und Sardinien, also nach den Herden der Bewegung, die ihn aus den eigenen Reihen entgegentrat. Ein kurzer Aufenthalt wird genügen, um das Feuer, das dort schon im Erlöschen ist, vollends auszutreten. Dann wird er der Kammer, so ungern sie sich auch zu diesem ihr angebotenen Selbstmord entschließt, das Wahlgesetz aufzwingen, das ihm eine unerlöschliche Dreierpartei mehrheitlich verschaffen wird. Und wenn er über diese Kammer verfügt, dann wird er sich durch eine Verfassungsänderung vom Parlament unabhängig machen.

Frankreich nicht verhandlungsbereit.

Die Prüfung der deutschen Vorschläge von vornherein abgelehnt.

Dem Matin zufolge hat Jaspard während der Konferenz ein Telegramm aus Berlin bekommen, in dem die Absendung der neuen deutschen Vorschläge mitgeteilt und deren Grundzüge angegeben wurden. Jaspard teilte dieses Telegramm Poincaré mit, der darauf erklärte, daß die neuen Vorschläge Deutschlands auf die wesentlichsten Forderungen Frankreichs und Belgiens nicht eingingen, hauptsächlich nicht auf die Einkellung des passiven Widerstandes. Diese Vorschläge

könnten deshalb nicht geprüft

werden. Dieser französische Standpunkt wäre nach kurzer Besprechung auch von den Belgiern angenommen worden. Poincaré erklärte, daß man Deutschland nur erwidern könne: „Euer passiver Widerstand soll fortgesetzt werden — folglich werden wir nicht unterhandeln!“ General Degoutte und Tirard sind auf-

gefordert worden, einen genauen Bericht darüber auszuarbeiten, worin die Einstellung des passiven Widerstandes bestehe. Deutschland werde somit genau von den Maßnahmen unterrichtet werden, die es zu ergreifen habe, um den passiven Widerstand aufzugeben. Poincaré wäre der Ansicht gewesen, daß die Faltung Frankreichs und Belgiens so klar wäre, daß eine neue Begegnung nicht mehr nötig sein würde, um über die Ablehnung der neuen deutschen Vorschläge zu beraten.

Der Verlauf der Konferenz.

Dasas meldet über den Verlauf der Brüsseler Konferenz: Nach einer Unterredung zwischen Poincaré, Thunis und Jaspard, die mehr als eine Stunde gedauert hat, sind die Sachverständigen zur Teilnahme an den Beratungen berufen worden. Die Sitzung dauerte bis 6 1/2 Uhr. Sofort nach Beendigung ist das folgende Communiqué ausgegeben worden:

„Die belgische und die französische Regierung haben heute die gemeinsame Prüfung der verschiedenen durch die Ruhrbesetzung aufgeworfenen Fragen fortgesetzt. Sie haben restlos alle ihre früheren Vorschläge aufrechterhalten, namentlich was die Bedingungen betrifft, unter denen die Räumung des Ruhrgebietes nach Zahlung der Reparationen erfolgen wird, und was die Verpflichtung Deutschlands betrifft, vor jeder Prüfung seiner Vorschläge dem passiven Widerstand ein Ende zu bereiten. Die beiden Regierungen haben das Programm neu zu ergreifender Maßnahmen geregelt, um den Druck zu verstärken und um Deutschland zu einer raschen Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.“

Wie Dasas berichtet, haben die Minister den Sitzungssaal durch eine Hinertür verlassen, um den Fragen der Journalisten zu entgehen.

Poincaré ist nach Beendigung der Konferenz von dem belgischen König empfangen worden. Der französische Ministerpräsident nahm die Gelegenheit wahr, um seinen Standpunkt in der Reparationsfrage auseinanderzusetzen. Es sei kein Geheimnis, erklärt der Matin, daß der belgische König ein besonders warmer Freund Englands sei und es lebhaft wünsche, daß England sich an den Reparationsbesprechungen beteilige. Poincaré hat erklärt, daß er gleichfalls ein Zusammenarbeiten mit England wünsche, doch müßten sich die belgische und die französische Regierung vorerst über gewisse Grundlagen verständigen. Das Blatt teilt nicht mit, daß es Poincaré gelungen ist, den belgischen König von der Stabilität seiner Gründe zu überzeugen.

Enttäuschung.

Die Berichte der Pariser Blätter über den Verlauf der Konferenz stellen ein Sammelsurium widersprechender Meldungen dar. Als wesentlichsten Gesamteindruck darf man wohl verzeichnen, daß eine gewisse Enttäuschung über die ganze Angelegenheit teils verhohlen wird, teils unverhohlen zum Ausdruck kommt! Die Brüsseler Konferenz hätte etwas Befriederendes werden sollen, sie wäre aber genau so uninteressant geblieben, wie alle die vielen anderen Konferenzen vorher. Zum Teil wird hervorgehoben, daß in der offiziellen Mitteilung, die wir heute früh zum Ausdruck gebracht haben, die übliche Versicherung des vollkommenen Einverständnisses der Konferenzteilnehmer gefehlt habe, was ja auch unzweifelhaft kein Zufall ist. Und recht charakteristisch ist auch die Meldung, daß die belgischen Minister verschnupft wären, ihren Reparationsplan mit den dort vorgelegenen Monopolen u. s. f. von Poincaré so verächtlich behandelt zu sehen.

In den Berichten aus Brüssel wird allgemein noch hervorgehoben, daß nunmehr neue Druckmittel im Ruhrgebiet angewendet werden sollen, um Deutschland zur Kapitulation zu zwingen. Die Mittel sind offiziell noch nicht bekannt. Auf der Konferenz sprach man auch über die Eintreibung der Ausfuhrzölle, die man jetzt energischer betreiben wolle, auch darüber, wie man die deutschen Eisenbahnen zwingen könne, für die Alliierten zu arbeiten, und sogar vom Rheingeld.

Belgische Führer in London?

Die Pariser Zeitungen melden, daß das belgische Kabinett in London einen Führer ausstrecken wolle, um festzustellen, ob sich England einer Lösung anschließe, daß eine deutsche Reparationsnote von Frankreich und Belgien nicht geprüft werden soll, wenn nicht vorher der passive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt würde. Falls England sich dieser Lösung anschließe, soll eine gemeinsame Antwort auf die deutsche Note erfolgen. Würde England das aber nicht tun, dann ist es wahrscheinlich, daß auf die Note der Reichsregierung überhaupt nicht geantwortet wird.

Die Militarisierung der Herne Strecke

Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung aus Gelsenkirchen ist die Besetzung der Eisenbahnstrecke Herne—Gelsenkirchen—Altenessen gestern nachmittags 4 Uhr beendet worden. Die Franzosen verwiesen die Beamten und Arbeiter, nachdem sie sich geweiht hatten, in französische Dienste zu treten, von ihrer Dienststelle mit dem Bemerkten, daß die Strecke militarisiert werde und sie in Zukunft nichts mehr auf ihren bisherigen Dienststellen zu suchen hätten. Eine große Menge rollenden Eisenbahn- und Baumaterials ist den Franzosen in die Hände gefallen. Die Beute, die ihnen aus den Stationstassen und den Güterabfertigungsstellen in die Hände fiel, ist jedoch nicht bedeutend. Mittwoch kurz nach 4 Uhr verließ die militärische Begleittruppe der Besetzung das Gelsenkirchener Gebiet, nur die Militäreisenbahner und die französischen Zivilistenbahner sowie ein stärkeres Nachkommando blieben zur Bewachung der Strecke, der Brücken und der Uebergänge zurück.

In Ludwigshafen wurden neuerdings 47 Eisenbahner mit ihren Familien, darunter 115 Kinder, von den Franzosen ausgewiesen. In Duisburg sind wieder 166 Eisenbahner ausgewiesen worden, in Helsen 6, in Essen-West 1 Eisenbahnbeamter.

Die größten Lumpen im Lande.

Nach Meldungen aus Dortmund gelang es der Kriminalpolizei, einen Spitzel zu verhaften, der im französischen Goldstand. Er hat u. a. den vom Düsselbacher Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilten Sadowski in die Hände der französischen Besatzungsbehörde gespielt. Im ganzen haben vier Spitzel wegen dieser Angelegenheit hinter Schloß und Riegel. Es steht fest, daß Angehörige der französischen Spitzelorganisation nach der Verhaftung Schlageters etwa 700 000 Mark von den Franzosen erhalten haben.

Der Sonderbündler Reuter gibt zu, den Schuß getan zu haben, dem in der Fronleichnamnacht der Pfürmer Ditz zum Opfer fiel. Er will in Rotwehr gehandelt haben, was aber durch Zeugen widerlegt wird. Die Franzosen lassen die Verhaftung nicht zu.

Blutige Krawalle in Leipzig.

6 Tote, 87 Schwerverletzte. — Sichtbares Bestreben des Bestrafens.

Für Mittwoch nachmittag hatte das Gewerkschaftsamt Leipzig gemeinsam mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine Massenkundgebung auf dem Augustusplatz einberufen. Bereits um 4 Uhr hatten sich am Eingang der Strömungsstraße zum Augustusplatz

undisziplinierter Massen

angesammelt, die die dort stationierten Polizeibeamten verprügeln und versuchen, sie zu entwaffnen. Dabei erlitten eine Anzahl Beamte Verletzungen. Es wurden Verstärkungen hinzugezogen, jedoch wurden die Beamten schließlich von der Menge bis an die Ritterstraße zurückgedrängt. Zu dieser Zeit langten die Demonstrationszüge auf dem Augustusplatz in völliger Ordnung an, und die Demonstration selbst verlief ebenfalls in Ruhe und Ordnung, jedoch verzögerte sie sich etwas. Diese Gelegenheit wurde von wilden Rednern benutzt, um

die Massen aufzubeugen.

Die Menge in der Grimmaischen Straße nahm eine immer bedrohlichere Haltung an und verlangte, daß die Polizei abziehen sollte. Weil die Gefahr bestand, daß die Polizeibeamten abgeknippt und die Wache gestürmt würde, wurde nach Hinzuziehung weiterer Verstärkungen die Menge zurückgedrückt und der Augustusplatz geräumt. Aus den Reihen der Demonstranten fielen hierbei Schüsse. Darauf wurde auch von Seiten der Polizei geschossen, zunächst blind, dann auch scharf. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten sind

fünf Tote und 32 Verwundete

zu beklagen. Bei der Firma Bamberger & Hetz wurde eine große Schaufensterscheibe zertrümmert. Plünderungen wurden durch die Polizei und den Ordnungsdienst verhindert. Der gewerkschaftliche Ordnungsdienst vermochte sich nicht zu halten und zog sich zurück. Eine Anzahl der Ordner wurde von der Menge mißhandelt. Die Stimmung im Stadtmitteln ist nach wie vor erregt. Im weiteren Verlauf der Polizeiaktion wurde auch eine britische Abteilung eingesetzt. Das Vorgehen der Polizei ist von den Leitern des Gewerkschaftsverbandes dem Polizeipräsidenten gegenüber als in jeder Beziehung korrekt bezeichnet worden. Die Demonstranten wurden schließlich nach dem Hauptbahnhof zu abgedrängt. In der inneren Stadt und auf dem Ring ist die Ruhe wieder hergestellt.

Ueber die folgenschweren Exzesse wird amtlich mitgeteilt, daß bei den Vorgängen erstlich lichtscheue Elemente die treibenden Kräfte gewesen sind. Die Zahl der Opfer stellt sich, wie aus den nachträglichen Feststellungen hervorgeht, auf 6 Tote, 37 Schwerverwundete und 60 leicht Verletzte. Auf Grund der Vorgänge hat der Leipziger Polizeipräsident nunmehr alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten.

Ein Reparationsplan der englischen Industrie.

London, den 7. Juni.

Die 70 Mitglieder umfassende Industriellengruppe des Unterhauses hatte in den letzten Tagen Besprechungen mit deutschen Industriellen. Es wurde eine Denkschrift ausgearbeitet, die folgendes vorsetzt:

100 Millionen Pfund Sterling sollen in Deutschland sofort aufgebracht werden, die an Frankreich, Belgien und Italien als erste a-onto-Zahlung zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gegeben werden sollen. Für die Gesamtschuldsumme Deutschlands sollen ein Minimum und ein Maximum festgesetzt werden, ersteres in Höhe von 1 1/2 Milliarden Pfund Sterling, letzteres 3 Milliarden Pfund Sterling, wovon die bereits gezahlten Summen abgezogen werden sollen. Eine internationale Kommission, in der Deutschland und Amerika vertreten sein sollen, würde den Fortschritt der deutschen Industrie und des deutschen Handels genau verfolgen und Vorschläge an ihre Regierungen erstatten. Die Kommission soll auch das Recht haben, der deutschen Regierung Vorschläge zu machen. England würde auf die Rückzahlung der alliierten Schulden verzichten, dafür aber jährlich 35 Millionen Pfund Sterling von den deutschen Reparationszahlungen erhalten.

Die Feuerungsinterpellation im Reichstag.

Auf der Tagesordnung stand am Donnerstag eine sozialdemokratische Interpellation, die Maßnahmen gegen die Feuerung infolge der Marktentwertung fordert. Abg. Aufhäuser (Soz.) begründet die Interpellation. Sie wurde eingebracht, so erklärt der Redner, um eine Entspannung der heutigen Lage herbeizuführen. Gewiß, die Franzosen tragen schwere Schuld an der wirtschaftlichen Notlage, aber es muß endlich gegen diejenige Front gemacht werden, die an der Marktentwertung ein Interesse haben und die die deutsche Wirtschaft zum Ziel ihrer unbegrenzten Profitgier machen. (Beifall links.) Das sind nicht Einzelpersonen, sondern bestimmte Teile des deutschen Volkes, die die augenblickliche Notlage ausnützen. Mit diesen Feinden, die im Lande stehen, und die das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben, muß endlich abgerechnet werden. Die deutsche Arbeiterklasse ist zu besonnen, als daß sie glauben könnte, daß die Krisis durch Putzsch geöst werden könne. Das Schlimmste an der Lage ist, daß die

Arbeiter und Angestellten das Gefühl haben, keinen Boden mehr unter den Füßen zu haben. Die Großindustrie knüpft an ihre Unterdrückung des Reiches wiederholt Bedingungen, wie Entstaatlichung der Eisenbahnen und Aufhebung des Achtstundentages. Sonst ist es nichts mit dem Opferinn der Industrie, und ebenso steht es mit der Landwirtschaft. (Unruhe.) Man sagt, es muß mehr gearbeitet werden. (Stürmische Zustimmung b. d. bürgerl. Parteien.) Alle, die nach Mehrarbeit rufen, sollten doch einmal zusehen, wieviel mehr gearbeitet wird. (Widerpruch rechts.) Die Lohnempfänger sind die einzigen, die enteignet sind, die Besitzenden werden geschont. Einen Vorteil von der Stützungsaktion haben nur die Großindustriellen gehabt, die Reichsbank hat aber einen guten Teil ihres Goldbestandes verloren. Wie mögen die Augen in der Burgstraße über die Erklärungen des Reichsbankpräsidenten im Untersuchungsausschuß lachen! Heute rechnen nur noch drei Stellen im Reich nach Papiermark: die Steuerbehörde, die Lohn- und Gehaltsempfänger und — die Reichsbank. Durch die Papiermarkrechnung der Reichsbank auch bei der Kreditgewährung wird es ermöglicht, daß bei der Spekulation mit Dollar in kurzer Zeit Milliardengewinne gemacht werden.

Die Rache der Kommunisten.

Eine neue Obstruktionstaktik im Preussischen Landtag.

Zu der Donnerstags-Sitzung des Landtages waren die ersten 15 ausgewiesenen Kommunisten wieder erschienen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung begannen sie durch Stellung zahlloser Anträge Obstruktion zu treiben. Dr. Meyer (Ostpr.) beschwerte sich darüber, daß Präsident Veinert es abgelehnt habe, eine Erklärung der Kommunisten vor Eintritt in die Tagesordnung zuzulassen. Abg. Schulz (Neußölln) holte sich in der ersten halben Minute, in der er eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machte, einen Ordnungsruf. Er verlangte Umstellung der Tagesordnung und die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der sich mit den Vorgängen an der Ruhr befaßt. Er sprach davon, daß die Unternehmer vor Poincaré zu kapitalistischer Bereit sein, von einem Lügenfeldzug gegen die Kommunisten und von einer Bewaffnung faschistischer Banden gegen das Proletariat. Er beantragte die Einsetzung eines 29gliedrigen Untersuchungsausschusses, der die Schuld der Regierung an den Vorgängen an der Ruhr klarstelle, vor allen Dingen auch hinsichtlich der Bewaffnung und Einsetzung der Feuerwehren und „anderer faschistischer Organisationen“ zum Kampf gegen die streikenden Arbeiter. Sofortige Beipredung dieser Dinge sei notwendig, um die volle Schuld dieser Regierung darzulegen, die den staphalösen Wucher, die Dollarschieberei und mit ihnen gemeinam Sache mache. — Gegen die sofortige Beratung dieses Antrages wurde Widerspruch erhoben.

Abg. Dr. Meyer (Ostpr.) beantragte darauf, den Antrag auf Ablegung des stellvertretenden Regierungspräsidenten Lütkebeck (Weselfeld) zur Beratung zu stellen. Dieser habe sich auf die schmachvollen Heeresdienste hin, die Bismarck den französischen Kommunisten 1871 habe zuteil werden lassen, an einen der Kommandeure der Besatzungstruppen gewendet, um die Genehmigung zu einer blutigen Niederwerfung der streikenden Ruhrarbeiter zu erlangen. Die deutschen Faschistenbanden würden unterstützt von der französischen Militärbehörde und von ihr mit Waffen versehen, um die deutschen Arbeiter niederzuknappen. (1) Auch gegen die Beantwortung dieses Antrages wurde Widerspruch erhoben.

Sodann beantragte Abg. Schölem, die Forderung auf Zurücknahme des Verbotes der proletarischen Hundertschaften zunächst zu beraten. Der Landtag habe die Verpflichtung, die Regierung zu zwingen, zu ihren arbeiterfeindlichen Maßnahmen Stellung zu nehmen. Der Landtag beweise, wenn er diesen Antrag nicht zulasse, ebenfalls eine faschistische Organisation zu sein. (Lachen bei den Bürgerlichen.) Auch dieser Antrag wurde durch Widerspruch für diesmal erledigt.

Unter fremdem Willen.

Detectivroman von Adolf Start.

(1. Fortsetzung.)

„Du willst doch nicht sagen, daß Hartung dich nicht liebt?“

„Nein, er liebt mich nicht. Weil ich schön bin, weil er in mir ein Weib sieht, um das ihn andere beneiden werden, und das geeignet ist, seinem Hause in der gewünschten Weise vorzuschieben, darum hat er mich gewählt. Daß ich arm bin, war für den Millionär vielleicht ein Ansporn. Es schmeichelt ihm, sich ebenso ein schönes Weib kaufen zu können, wie die besten Kennpferde oder die teuersten Gemälde.“

Die beiden Frauen hatten in ihrer Erregung das leise Klopfen an der Zimmertür überhört, die sich geräuschlos öffnete. Auf der Schwelle erschien ein junger Mann, dessen Augen mit verzehrender Leidenschaft an dem schönen Antlitz der erregten Sprecherin hafteten. So wie aber die Geheimrätin sich zu ihm umwandte, erlosch der Glanz, die Lider senkten sich halb über die Sterne und ohne Magda scheinbar zu beachten, wandte er sich an die Hausfrau: „Mama, der Lohndiener ist draußen, welchen du für heute abend bestellt hast, um beim Servieren zu helfen.“

„Sofort, ich komme schon.“ Sie wandte sich ihrer Stieftochter zu: „Ich halte deine ungereimten Reden der Aufregung zugute, welche am Hochzeitstage wohl berechtigt erscheint. Später, wenn du ruhig geworden bist, wirst du einsehen, wie unrecht du mir und deinem künftigen Manne getan hast. Und jetzt, bitte, beziehe dich mit deiner Brautouillette. Du hast eine knappe Stunde Zeit, das ist nicht allzuviel. Ich werde dir Crete schicken, daß sie dir behilflich sei. Auch die Preisfeurin muß jeden Moment kommen.“ Sie wandte sich der Türe zu. „Komm, Max.“

„Ich komme gleich nach, liebe Mama. Gestatte, daß ich vorher meine besten Glückwünsche zur Vermählung ausspreche und aus brüderlichem Herzen.“ Die Geheimrätin blieb stehen und schaute ihn fast erschrocken an. „Was soll das heißen, Max? Wirst du denn der Trauung nicht beiwohnen?“

„Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, vor-

Verlangen der Kommunisten auf die Tagesordnung zu setzen, das sich mit den oberflächlichen Lohnbewegungen beschäftigt. Auch gegen diesen Antrag wurde Widerspruch erhoben. Als die Kommunisten weitere Anträge zur Umstellung der Tagesordnung begründeten wollten, wurde ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte unter ungeheurem Lärm der Kommunisten angenommen.

Hausdurchsuchung bei der „Roten Fahne“.

Auf Ersuchen des Oberreichsanwalts erschienen Donnerstag vormittag eine Anzahl Kriminalbeamte der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums unter Führung eines Kriminalkommissars in den Räumen der „Roten Fahne“, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Das Ersuchen war ergangen wegen des am Sonntag, dem 27. Mai d. J., gebrachten Belarzkfells „Die deutsche Arbeiterklasse in Gefahr“. Die Hausdurchsuchung verlief ziemlich negativ, es wurden nur noch vier Exemplare der fraglichen Ausgabe gefunden und beschlagnahmt, der Satz war bereits wieder abgelegt, die Platten eingeschmolzen. Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“, Erich Gentsch, wurde wegen Bandesverrats in Haft genommen. Ein Verbot des Blattes ist bisher nicht erfolgt.

Die sterbende Mark.

In der Donnerstags-Sitzung des Ausschusses des Reichstages zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes bestätigte der Reichsbankpräsident auf eine Frage, daß das Papiermarktbesitzkapital in der Wirtschaft immer mehr abnehme. Bankier Loeb teilt mit, daß es Bezugsweise gäbe, die nur noch in Goldmark rechnen. In Papiermarkt könnten nur diejenigen kalkulieren, die ausschließlich im Inland handeln oder weiter verarbeiten. Es scheint kein Mittel mehr zu geben, um der Industrie und dem Handel das Denken in fremder Valuta abzugewöhnen.

Reichsbankpräsident Havenstein gibt zu, daß die Goldrechnung überall auf dem Marsche ist. Dieser allmählichen wirtschaftlichen Entwicklung können wir nicht ausweichen, und wir werden daraus unsere Schlüsse ziehen. Es wäre aber nicht richtig, diese Entwicklung künstlich vom Reiche aus zu fördern.

Um die neuen Postgebühren.

Das Reichspostministerium hat sich, wie der Berliner Lokal-Anzeiger meldet, dem Einspruch des Verkehrs-Beirates gegen gewisse Posten des neuen Tarif-Entwurfes nicht verschlossen. Infolgedessen werden vom 1. Juli ab die Postgebühren durchweg verdreifacht, die Fernsprechgebühren verdoppelt. Das Reichspostministerium weist aber gleichzeitig bereits jetzt darauf hin, daß dieser Tarif nicht von langer Dauer sein wird, sondern in absehbarer Zeit von einer neuen Vorlage abgelöst werden dürfte.

Inland und Ausland.

Jehrsache Zwangsanleihe? Zur Aufbringung der Mittel für die Brotversorgung der minderbemittelten Bevölkerung ist bekanntlich die nochmalige Erhebung der Zwangsanleihe vorgesehen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die Regierung für diesen Zweck den jehrsachen Betrag der Zwangsanleihe als einmalige Abgabe vom Volk zu erheben.

Die Regierungsvorlage über die Neuordnung der Beamten-Grundgehälter, die gestern vom Reichsrat angenommen worden sind, ist nunmehr dem Reichstag überwiesen worden. Dieser befaßt zunächst seinen Hauptauschuß damit, der seine Unterkommission, die sich aus je einem Mitgliede jeder Fraktion des Reichstages zusammensetzt, mit der Prüfung beauftragt wird.

Der sächsisch-bayerische Justizkonflikt. Die bayerische Regierung hat auf Grund der Zeitungsmitteilungen über den Erlass der sächsischen Ministerien betreffs der Verfassungswidrigkeit der bayerischen Volksgerichte eine diesbezügliche Anfrage an die sächsische Regierung gerichtet. Zunächst wird zwischen den beiderseitigen Justizministern verhandelt werden.

ausgesetzt, daß alles pünktlich klappt. Und auch dann muß ich mich beilen, wenn ich meinen Zug nicht veräumen will.“

Die Hausfrau seufzte ärgerlich: „Wie fatal. Am Hochzeitstage deiner Schwägerin.“

„Ja, Dienst ist eben Dienst. Und die Herren Vorgesetzten würden komische Augen machen, wenn ich aus einem solchen Grunde Urlaub verlangen würde, jetzt, in der Zeit der großen Revisionsstouren.“

„O bitte, lege dir meinethalben keinen Zwang auf.“ Wie sonst klang auch diesmal Magdas Stimme hart und abweisend, nur daß sich jetzt noch ein leiser verächtlicher Unterton, beabsichtigt oder nicht, bemerkbar machte.

Die Geheimrätin schien wieder eine scharfe Entgegnung auf den Lippen zu haben, aber der Schwiegersohn erinnerte sie nochmals daran, daß der neue Hausdiener ihrer Weisungen harre, und im nächsten Augenblick war sie hinausgerauscht. Er wartete noch, bis die Tür ins Schloß gefallen und der Schall der Fußtritte verklungen war, dann richtete er seine glühenden Blicke wieder unverhüllt auf das junge Mädchen, das unwillkürlich einen Schritt zurücktrat. Aber rasch stand er an ihrer Seite und seine Finger umklammerten ihren Arm mit so festem Griff, daß es ihr Schmerz bereitete.

„Daß mich los! Du tust mir weh. Was willst du von mir?“

Aber er schien ihre Fragen gar nicht zu hören. Beinahe atemlos vor Erregung stieß er die Worte hervor: „Du darfst ihn nicht heiraten, Magda. Du sollst nicht. Diesen abgelebten Kerl, diese Ruine. Und ein Schuft ist er auch.“

Sie hatte ihre Kaltblütigkeit wiedergewonnen. „Das weißt du erst heute, am Hochzeitstage? Warum hast du nicht schon früher gesprochen, noch vor der Verlobung, noch bevor der erste Schritt getan war?“

Er ließ ihren Arm los und schritt aufgeregt im Zimmer auf und nieder. „Dürfte ich denn? Dürfte ich denn reden? Tausend Gründe verurteilten mich zum Schweigen.“

Sie lächelte mit unsagbarer Berachtung. „Tausend Gründe? Ich kenne nur einen. Aber der ist für einen Menschen deines Schlaes freilich mehr als

Großhandel und Reparationsgarantie. Eine Deputation des Präsidiums und Vorstandes des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels hatte mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker eine Besprechung über die Frage der Beteiligung der Wirtschaft an den Reparationslasten und die Uebernahme einer Garantie für solche Lasten. Es wurde die Bereitwilligkeit des Großhandels zum Ausdruck gebracht, in angemessenem Verhältnis zu der übrigen Wirtschaft Lasten für Reparationszwecke zu übernehmen.

Kriegsminister Graf v. Horn †. Aus München wird gemeldet: Der frühere bayerische Kriegsminister, General der Infanterie Graf v. Horn, ist hier im 77. Lebensjahre gestorben.

Französischer Arbeiterstreik. Wie aus der Pfalz gemeldet wird, sollen von den Arbeitern, die von den Franzosen mit dem Auftrage von Chemikalien in der Anilin- und Soda-Fabrik beschäftigt wurden, sehr viele erkrankt sein, weil die Franzosen nicht für die nötigen Schutzvorrichtungen gesorgt hatten.

Die Nordostsee-Kanal-Frage vor dem Haager Schiedsgericht. Die am 15. Juni beginnende Session des Haager Gerichtshofes wird sich zuerst damit beschäftigen, die Kieler Kanal-Frage zu lösen. Es soll festgestellt werden, ob der deutschen Regierung das Recht zustehe, fremden Schiffen die Durchfahrt durch den Kieler Kanal zu verweigern, wie dies seitens der deutschen Behörden am 21. März 1921 geschah, als man britischen Schiffen die Durchfahrt verweigerte.

Berliner Freiverkehr vom Donnerstag.

Bei nicht zu verkennender Unsicherheit und unzeitigen notwendigen Schwankungen blieb die Tendenz für Devisen und ausländische Zahlungsmittel weiter fest. Während man Dollarnoten vormittags mit 76 000 M. handelte, wurden während des Börsenverkehrs Kurse von 78 700 bis 79 250 M. pro Dollar genannt. Von Seiten der Reichsbank war stärkeres Eingreifen nicht zu bemerken; andererseits zeigt der Reichsbankausweis eine neuerliche scharfe Zunahme des Notenumlaufs als weiter kuzstrebendes Moment. Es kommt ferner ausschlaggebend hinzu, daß durch die brockenweise Bekanntheit der deutschen Note, durch alarmierende Nachrichten einer Verzinsung der Zwangsanleihe und den Steuervorauszahlungen und durch die französisch-belgische Ueberstimmungen in Brüssel Momente genug gegeben sind, die zu einer Unsicherheit der Devisenkursegestaltung und eher steigender Tendenz führen mußten. Polennoten 124 M. Dollarkursanweisungen per Juni 79. bis 80 000 M., Juli 83. bis 84 000 M.

Äußerliche Devisen-Notierung.

Devisen	Wertpapier-Parität	7. Juni	8. Juni		
		Mark	Preis	Mark	Preis
Dollar	4,20	79200,00	78900,00	79200,00	77700,00
Britische Pfund	3,20	38700,00	38900,00	38700,00	38900,00
Franken	1,67	31047,00	31200,00	31240,00	30750,00
Belgische Franc	1,18	14064,00	14480,00	14890,00	13950,00
Schwedische Kronen	1,12	21147,00	21200,00	20840,00	20460,00
Norwegische Kronen	0,82	36900,00	37000,00	36400,00	35900,00
Schwedische Kronen	0,82	14514,00	14590,00	14610,00	14540,00
Schwedische Kronen	0,82	21070,00	21200,00	21200,00	21200,00
Schwedische Kronen	0,82	42960,00	44100,00	44100,00	43300,00
Schwedische Kronen	—	2890,00	2870,00	2884,00	2846,00

Effektenverkehr.

Der heutige Freiverkehr stand vollkommen unter dem Eindruck der außerordentlich starken Aufwärtsbewegung am Petroleummarkt, wo unter Führung von Deutsche Petroleum sämtliche Petroleumaktien in großen Mengen zu stürmisch gestiegenen Kursen aus dem Markt genommen wurden, und zwar auf neue Gerichte von besonderen Transaktionen bei der Deutschen Petroleum-Industrie, welche letztere bis auf 320 000, Erdöl auf 425 000 und Apis auf 110 000 Prozent anziehen konnten. Im Zusammenhang mit der starken Steigerung dieser Spezialpapiere waren auch die mit dieser Bewegung in engem Zusammenhang stehenden Julius-Sichel-Aktien stark begehrt und zogen bis auf 68 000 Prozent an. Ausgehend von dieser starken Bewegung des Geschäftes sowie von der weiteren starken Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel und letzten Endes in Verbindung mit den neu vorliegenden starken Kaufordern kennzeichnete sich die heutige Grundtendenz wiederum als außerordentlich fest, obwohl das Geschäft in den übrigen Werten sich wesentlich ruhiger abwickelte. Ueberhaupt war eine gewisse Respektlosigkeit auch heute angesichts der ungeläufigen politischen Verhältnisse ungeläufig.

hinreichend. Hartung ist dein Borgesehter, ist einflußreich; als dein Stiefschwager war und ist dir seine Protektion sicher. Und was liegt dem Baron Ehren daran, daß der Weg zur Karriere, der Aufstieg zum Gipfel über ein zerbrochenes, zertrümmertes Menschenglück hinwegführt?“

Er blieb dicht vor ihr stehen. „Du darfst nicht so sprechen, Magda, du nicht. Du weißt ganz gut, welche Gefühle ich für dich hege. Nein, nein, fürchte nicht, daß ich wieder von meiner Liebe zu reden beginne, obgleich du gerade daraus, daß ich mich nicht beherrschen kann, die Stärke meiner Leidenschaft erkennen magst.“

„Genug davon. Wenn ich Anna nicht liebte, wenn mir ihre Ruhe, ihr Glück, dieser Schein des Glückes, von dem sie sich täuschen läßt, nicht heilig wäre, dann hätte ich ihr längst die Augen geöffnet über das Wesen ihres korrekten und zärtlichen Vaters.“

Er umklammerte die Stuhllehne so fest, daß das Holz unter seinem Griff knakte. „Daß das, darum handelt es sich jetzt nicht. Nicht Anna, nicht ich, du bist es, deren Zukunft auf dem Spiele steht. Ich habe geschwiegen, weil ich hoffte, daß du die Forderung Hartungs von vornherein ablehnen würdest, habe später geschwiegen, weil ich immer hoffte, daß vor der Hochzeit ein Ereignis eintreten würde, welches dieser Farce ein Ende macht. Aber jetzt sage ich dir, im letzten Augenblick, du darfst ihn nicht heiraten. Ich erlaube es nicht! Ich lasse dich nicht unglücklich machen.“

Sie lächelte spöttisch. „Wozu diese hochtrabenden Worte, die ich doch nicht glaube und die also auf mich jeden Eindruck verfehlen? Waschen wir doch dieser Farce ein Ende, Max! Adieu!“

Sie streckte die Hand nach dem Klingelzug aus, um ihrer Botschaft zu lauten, aber er verhinderte sie daran.

„Höre, was ich dir sage. Ich war wahnsinnig, daß ich dir von Liebe zu sprechen wagte. Du müßtest diese Worte aus dem Munde eines verheirateten Mannes als Beleidigung nehmen. Aber dem ist nicht so, ich schwöre es dir. Ich will dich heiraten. Anna ist kränzlich, ist nervös, die Ferste geben wenig Hoffnung in bezug auf ihren Gesundheitszustand.“

(Fortsetzung folgt.)

Sächsisches

Meißen. Welchen Umfang der Besuch von Schulen in Meissen angenommen hat, geht daraus hervor, daß am Mittwoch nicht weniger als 85 Schulen hier weilten.

Jittau. In der letzten Sitzung der ev.-luth. Kirchgemeindevertretung haben sich die Mitglieder der kirchlich-fortschrittlichen Gruppe wegen Weledigung ihres Führers, des Oberlehrers Pflug, veranlaßt gesehen, bis auf weiteres in Kirchgemeindevertretung und Kirchenvorstand die Arbeit niederzuliegen.

Wästenbrand. Der vor etwa 20 Jahren von dem Ortsverein auf dem Heideberg errichtete eiserne Aussichtsturm soll in Kürze von der Bildfläche verschwinden, da er nicht mehr bestiegen werden kann. Da der Ortsverein nicht mehr besteht, so ist der Turm in den Besitz der Gemeinde übergegangen. Jetzt ist das Objekt an eine Abbruch-Großfirma in Chemnitz für 10 Millionen Mark verkauft worden.

Limbach. Die Stadtverordneten sehen den Preis beim Verkauf von städtischem Areal auf 2 Silbermark fest. Wahrscheinlich wird solches Areal künftig für industrielle oder gewerbliche Zwecke nur im Erbaurecht überlassen werden.

Altmittweida. Um die hier herrschende Wohnungsnot durch einen Wohnhausbau zu mildern, erklärte sich eine Arbeiter- und Angestelltenversammlung bereit, den Lohn für 4 Arbeitsstunden dem Gemeindevorstand zur Verfügung zu stellen. Dadurch dürften gegen 6 Millionen Mark einkommen. Für diesen Zweck dürfte auch die Industrie gegen 8 Millionen und der Gewerbeverband 2 Millionen Mark aufbringen. Vom Bezirksverband werden 25 Millionen zur Verfügung gestellt.

Plauen. Ein Dummerjungenstreich hätte hier größeres Unheil anrichten können. Ein 13-jähriger Schulfuge machte sich an einem unbeaufsichtigten Personenkraftwagen zu schaffen, und durch Lockern der Bremsen setzte sich dieser plötzlich in Bewegung, fuhr etwa 100 Meter rückwärts und prallte schließlich an einen stärkeren Baum an, diesen durch seine Wucht umstürzend. Auch der Wagen wurde stark beschädigt, so daß er in eine Reparaturwerkstätte gebracht werden mußte.

Plauen. Die Kosten des 1923er Wohnungsbauprogramms sind Anfang dieses Jahres nach 3000- und 5000 facher Uebersteuerung auf 601 Millionen Mark veranschlagt worden. Die Uebersteuerung ist inzwischen auf das 6000 fache gestiegen, sodaß mit einer Erhöhung der Kosten auf 950 Millionen Mark zu rechnen ist. Auf Vorschlag des Baupolizeiausschusses soll zur Linderung der überaus großen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit das Bauprogramm uneingeschränkt durchgeführt und die Bauten so gefördert werden, daß sie in diesem Jahre noch bezogen werden können.

Plauen. Hier wurde der Strompreis für Licht auf 2300 M., für Kraft auf 2100 M. für die Kilowattstunde, der Gaspreis auf 1180 M. für das Kubikmeter festgesetzt.

Beste Nachrichten.

Was geht an der sächsisch-tschechischen Grenze vor?

Schanda u. 7. Juni. Der Stadt Böhmisch-Leipa steht der Besuch von etwa 30-40 französischen und tschecho-slowakischen Generalstabsoffizieren bevor, die in dortigen Hotels bereits Wohnungen belegt haben. Der Wunsch, die Hotels zu beslaggen, wurde abgelehnt. Der Zweck des Aufenthalts der Offiziere ist nicht bekannt.

Ab 1. Juli dreifache Postgebühren.

Das Reichspostministerium hat sich dem Einspruch des Verkehrsbeirates gegen die von ihm geplante Erhöhung der neuen Tarife nicht verschlossen. Es wird also vom 1. Juli ab die dreifache Postgebühr erhoben. Nur die Ferngespräche werden im Preis veranschlagt. (Ursprünglich war, wie gemeldet, eine Verdreifachung der Postgebühren und eine Verlebensfachung der Fernspreckgebühren in Aussicht genommen.)

Das Reichspostministerium läßt aber gleichzeitig keinen Zweifel darüber, daß selbst diese beträchtliche Erhöhung nicht von langer Dauer sein wird und bald durch eine neue Vorlage überholt werden wird.

Schwere Plünderungen in Königsberg.

Königsberg. In Gumbinnen wiederholten sich gestern die Ausschreitungen des Mobs gegen die Geschäfte. Ganze Straßenjänge wurden abgesperrt und die Läden ausgeraubt. Die Menge konnte nur durch ein starkes Polizeiangebot vertrieben werden. Die Verhafteten sind sämtlich Mitglieder der kommunistischen Partei.

Das deutsche Memorandum.

Berlin, 7. Juni. Den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio ist heute zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai nachfolgendes Memorandum übermittlell worden:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie nur, um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprochen würde, als nach ihrer Ueberzeugung das deutsche Volk unter Anspannung aller Kräfte zu erhalten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland erkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungenügend schwer ist, die deutsche Regierung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erhoben, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein früherer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle erwünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefassten Sicherheiten zu erlangen, schlägt die deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

A) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen an dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbank gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstelltes Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5% verzinlich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

B) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstelltes Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Besitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den entlasteten Objekten aufgebracht.

C) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und Verbrauchsteuer auf Tabak, Bier, Wein und Zucker, sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistung verpfändet. Der Roberttrug dieser Zölle und Verbrauchs-

abgaben, die sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark beliefen, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen, mit der Befundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstische erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zu vereinbaren.

Ämtlich wird zu diesem Memorandum bemerkt: Wie bekannt, sind der deutschen Regierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antwortnoten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in dieser Rücksicht auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind.

Öffentl. Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde.

In der im Anschluß an die öffentliche Sitzung am 6. Juni stattgefundenen nichtöffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses machte man sich zunächst wegen der vom Bezirkstag dem Bezirksausschuß an die Hand gegebenen Erhöhung einiger Bedarfsposten des diesjährigen Bezirkshaushaltsplans für Unterstützungsbedürfnisse und dergl. schlüssig und genehmigte nach den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft eine angemessene Erhöhung der Jahresvergütung der verschiedenen Bedachter des Hochwassernachrichtendienstes. Der vom Gemeindevorstand für die Lokalbahn eingereichte 3. Nachtrag zur Sitzung über die Anstellungen, Beförderungen und Rechtsverhältnisse der Verbandsbeamten wurde bei der Amtshauptmannschaft zu befürworten beschlossen. Ferner billigte man die von der Amtshauptmannschaft gegen entsprechende hypothekarische Sicherheit erfolgte Gewährung eines Darlehens aus Bezirksmitteln an einen Bezirkeinsgesessenen und erklärte sich mit den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft wegen Bildung der Steuerzuschüsse bei den Finanzämtern Dippoldiswalde und Heidenau, sowie mit der zufolge Verordnung des Wirtschaftministeriums sich erforderlichen machenden Errichtung einer sechsköpfigen Preisprüfungsstelle beim Kommunalverband für diejenigen Gemeinden des Bezirks, die von der Einrichtung selbständiger Preisprüfungsstellen für ihren Gemeindebezirk abgesehen haben, allenthalben einverstanden. Die jetzt bestehende Bezirkspreisprüfungsstelle wird dadurch aufgehoben und ist die bei der Amtshauptmannschaft jetzt gebildete Preisprüfungsstelle jeder anderen Prüfungsstelle gleichgestellt. Den Gesuchen der Gasthausbesitzer Schmieder, Talpferre Walter und Frisch, Seebild Paulsdorf um Erteilung der Erlaubnis zur Abhaltung von je 12 Tanzabenden im Sommerhalbjahr wurde stattgegeben, ebenso dem Gesuche der Händlerin Frieda Klara Feist in Johndach um Genehmigung zum Handel mit Grün- und Fischwaren, Milch, Quark, Eiern und Zigarren. Hinsichtlich der Hauschlachtsteuer beschloß man auf Grund der Ermächtigung des letzten Bezirkstags, in die Steuerpflicht auch die Ziegen mit der für Rinder und Schafe vorgesehenen Steuer einzubeziehen, Schweine unter 1 Jhr. Lebensgewicht steuerfrei zu lassen und im übrigen die Steuer für Schweine auf 2000 M. für jeden angefangenen Jhr. Lebensgewicht festzusetzen. Im übrigen liegt es noch nicht fest, ob die Hauschlachtsteuer überhaupt die oberbehördliche Genehmigung finden wird, da §. 3. noch Widerstände

des Reichs und Staats, welche die Steuer für nicht zulässig erachten, zu überwinden sind. Nachdem noch eine Beihilfe aus Bezirksmitteln bewilligt und davon Kenntnis genommen worden war, daß dem Gutsherrn Ernst Boden, Heidenau, dem Erbschaftsbefugter Oskar Welde, Gorkas und dem Freigutsbesitzer Uhlmann, Börschen vom Wirtschaftsministerium Anerkennungsurkunden für die bei der letzten Hauptkörung vorgestellten Zuchtbullen verliehen worden seien, wurde dem Bezirksausschuß über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit des Bürgermeisters Driehel, Bärenstein berichtet, darauf aber die Sitzung geschlossen.

Schlachtviehmarkt zu Dresden

am 7. Juni 1923.
Auftrieb: 30 Ochsen, 8 Bullen, 2 Kalben und Kähe, 320 Kälber, 4 Schafe, 102 Schweine, zusammen 438 Schlachtvieh. Ueberländer: keine. Preise: alles Montagpreise. Geschäftsgang: gut.

Kirchen-Nachrichten.

2. Sonntag nach Trinitatis, den 10. Juni 1923.
Lekt: 1. Petri 2. 5. — Lied: 289.
Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Sup. Michael. 9 Uhr Predigtgottesdienst, als Jugendgottesdienst ausgestellt (anlässlich der Jugendbeimweibe der Kaufmannsjugend): Pfarrer Mosen. 11 Uhr Kindergottesdienst (1. Abt.): Sup. Michael.
Heidenau. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Schönbach. 2 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahl.
Johndach. 2/9 Uhr Predigtgottesdienst. 1 Uhr Jugendgottesdienst (Jünglinge).
Ripsdorf. 2 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Kindergottesdienst: Pastor Heinisch.
Kreitscha. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rabler-Possendorf.
Possendorf. 2/9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Vorwerk.
Reinhardtgrünna. 2/9 Uhr Predigtgottesdienst.
Reichardt. 8 Uhr stilles Abendmahl. 2/9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
Ruppendorf. 2/9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
Sabisdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
Schellerbau. 2/10 Uhr Predigtgottesdienst.
Bärenburg. 5 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle.
Schmiedeberg. 9 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Kindergottesdienst: Pastor Heinisch.
Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 2/11 Uhr Kindergottesdienst.

Baptistengemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9/11 Uhr Gottesdienst. 10/11 Uhr Sonntagsschule. 4/11 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7/11 Uhr Bibelstunde.

Wettervorhersage.

10. Juni: Wolken, Sonne, gewitterhaft, stichweis Gewitter.
11. Juni: Sonne, Wolken, kühl.
12. Juni: Wenig verändert.
13. Juni: Veränderlich, angenehme Luft.
14. Juni: Wolken, teils Sonne, normal temperiert.
15. Juni: Wenig verändert.
16. Juni: Wolken, Sonne, stichweis Regen, ziemlich kühl.

Freitag mittag (im Freiverkehr):
Dollor 74 250
Sächsische Krone 2225



Maschinenfabrik Kappell AG Chemnitz

Geräuschloser Wagenanfang
Herausnehmbarer Innenwagen
[sofort lieferbar]
Hauptvertrieb Friedrich Wolff,
Dresden-A., Neumarkt 4.
Fernruf 22630

Sinen Schmiedegesellen
lucht
G. Heibig, Heidenau.
Toiletteseifen,
Parfums,
Kölnisch-Wasser,
altes Lavendelwasser,
alle Sorten Haarwasser
empfiehlt zu billigen Preisen
G. Hach.

Vereinigung ehem. Handelsschüler
Dippoldiswalde und Umg.
Sonabend, 9. 6. 8 Uhr. Erhalten ist Ehrenschloß!
In der „Reichstrone“. Odte willkommen. D. B.

Ia. Weißstückkalk
— zum Bauen und Düngen — frisch eingetroffen
Paul Dersch.

Drucksachen aller Art



Carl Jehue, Dippoldiswalde



Sämtliche Farben, Lacke etc.
Hermann Lommatzsch
Drogerie zum Elefanten
Dippoldiswalde

Ehren-Erklärung!
Die von mir ausgesprochenen Worte gegen Friedrich Keiserling nehme ich zurück und warne vor Weiterverbreitung. Ernst Ziehe.

Plymouthrocks entlaufen
Abgegeben bei Max Wolf.
Vor Ankauf wird gewarnt.
Guterhalt. Klavier zu mieten gesucht.
Offerten unter „K.“ an die Geschäftsstelle.

Commerzproffen
alle Bredn im Bericht bestelligt
Iparlos C. Eme „Edin“. Zu hab.
bei Herm. Lommatzsch, Drog. & Elefanten, Bruno-Herzmann, Drog. & Kreuz, Schmiedeberg.

Für die uns endlich unserer Verlobung in so reichem Maße erweilten Aufmerksamkeit sagen wir allen — zugleich im Namen unserer Eltern — hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Dippoldiswalde — Schmiedeberg.
Erna Schwind
Clemens Schenk

Turnverein „Frisch auf“, Dippoldiswalde.
Sonntag den 10. Juni im Schützenhaus
öffentl. Bühnenschaufurnen der Kinder-Abtlg.
Einloch 3 Uhr. Anfang Punkt 4 Uhr. Alle Freunde und Gönner der Turnhalle werden hiermit freundlichst eingeladen. D. T.

Torpedo
die erstklassige, unerreichbare, stabile
Schreibmaschine
mit herausnehmbarem Kasten verkauft Schreibmaschinen, Haus und Spezial-Reparatur **Ernst Schiller, Dresden-A. 1**
Werkstatt aller Systeme
Geogr. 1908. Tel. 14431. **Beretreter gesucht**

Waschmaschinen
mit elektrischem und Handantrieb liefert preiswert
Bernhard Häner
Chemnitz B. Bernsdorfer Str. 5
Verfand franco

Ca. 400 m guterhaltene Holzwasserröhren
Im einzelnen oder im ganzen zu verkaufen
Hilber, Dippoldiswalde. Fernruf 96.
Freibank. Sonabend 5 Uhr nachmittags Verkauf von Kindstisch.